BA-1

Antragsteller: Bundesvorstand und Kommissariat

Anträge des ZRZK

Umbenennung der Gremien und Neufassung der Definition des Zentralkomitees (neu Politbüro)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die länderübergreifend agierenden Gremien der PARTEI, die mit Beschluss des BundesPARTEItages 2018 installiert wurden, werden wie folgt neu geordnet:

- Der bisherige Zentralrat wird in **Zentralkomitee** umbenannt
- Das bisherige Zentralkomitee wird in **Politbüro** umbenannt
- Das bisherige Politbüro wird in **Rat der Föderationssubjekte** umbenannt

I. Das **Zentralkomitee** wird sodann wie folgt definiert:

(1) Alle Mitglieder der Landesvorstände, des Bundesvorstandes und des Kommissariats bilden zusammen das “Zentralkomitee (ZK)" der PARTEI.

(2) Ziel des Gremiums sind u. a. der Informationsaustausch sowie die länderübergreifende Realisierung von Projekten.

(3) Das Zentralkomitee soll sich mindestens einmal im Jahr treffen. Es wird vom Bundesvorstand oder in seinem Auftrag von einem Mitglied des Kommissariats schriftlich mit einer Frist von vier Wochen unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen (E-Mail genügt). Die digitale Tagung ist ausdrücklich möglich.

II. Das **Politbüro** wird sodann wie folgt definiert:

(1) Das "Politbüro (PB)" wird durch Vertreter/innen des Bundesvorstandes, zwei (2) Mitgliedern aus jedem Bundesland und Vertreter/innen des Kommissariats gebildet

(2) Ziel des Politbüros ist es, die Mitglieder der Landesverbände über die aktuellen Vorgänge in der BundesPARTEI zu informieren et vice versa

(3) Das Politbüro soll mindestens einmal jährlich zusammentreten. Es wird vom Bundesvorstand oder in seinem Auftrag von einem Mitglied des Kommissariats schriftlich mit einer Frist von vier Wochen unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen (E-Mail genügt). Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Die digitale Tagung ist ausdrücklich möglich.

(4) Das Politbüro hat keine Beschlusskraft, kann aber Empfehlungen für die Tätigkeiten der PARTEI und der Verbände aussprechen.

III. Der **Rat der Föderationssubjekte** wird sodann wie folgt definiert:

(1) Der “Rat der Föderationssubjekte” soll die Kommunikation zwischen den Landesverbänden untereinander und mit dem Bundesvorstand fördern.

(2) Dieser Rat der Föderationssubjekte besteht aus bis zu zwei (2) Mitgliedern aus jedem Bundesland. Jeder Landesvorstand benennt bevorzugt aus seinen Reihen diese jeweils bis zu zwei Mitglieder. Mitglieder des Bundesvorstandes dürfen nicht Mitglied des Rates der Föderationssubjekte sein.

(3) Der Rat der Föderationssubjekte tritt bestenfalls zweimal jährlich zusammen. Er sollte an unterschiedlichen Orten im gesamten Bundesgebiet tagen. Die digitale Tagung ist ausdrücklich möglich.

(4) Der Rat der Föderationssubjekte gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, in der Ladungsmodalitäten und anderes festgelegt werden. Insbesondere ist eine sinnvolle Mindestanzahl vertretener LVs zur Beschlussfähigkeitt des Rates der Föderationssubjekte festzulegen. Bei Abstimmungen hat jeder Landesverband eine Stimme. Können sich die zwei Vertreter des LV nicht auf ein gemeinsames Votum einigen, so wird dies als Enthaltung gewertet.

(5) Der Rat der Föderationssubjekte verfügt über ein jährliches Budget, über das er mittels demokratisch gefällter Beschlüsse verfügen kann. Damit können einerseits Fahrtkosten der Mitglieder, aber beispielsweise auch vom Rat der Föderationssubjekte beschlossene Aktionen finanziert werden. Im Mittel der Jahre beträgt dieses Budget 5000 Euro.

(6) Der Rat der Föderationssubjekte kann mittels demokratisch gefälltem Beschluss den Bundesvorstand auffordern, sich mit Anregungen oder Fragen des Rates der Föderationssubjekte zu befassen, oder auf diese Weise dem Bundesvorstand konkrete Beschlussvorlagen zuweisen. Der Bundesvorstand muss sich in diesem Fall auf seiner nächsten Sitzung mit diesen Themen befassen und über die Anregungen und Beschlussvorlagen abstimmen, sofern der Bundesvorstand mindestens zwei Wochen vor seiner Sitzung darüber informiert wird.

(7) Auf Wunsch des Rates der Föderationssubjekte können Mitglieder des Bundesvorstandes oder des Kommissariats an den Sitzungen des Rates der Föderationssubjekte teilnehmen. Ein Stimmrecht im Rat der Föderationssubjekte haben sie nicht.

Begründung:

Die 2018 auf dem BundePARTEItag in Schalkau gegründeten Gremien haben sich in den vergangenen Jahren in der Mehrheit als effektive und sinnvolle Strukturen erwiesen. Sie helfen einen zielgerichteten und schnellen Austausch zwischen Bundesverband und den Landesverbänden zu ermöglichen. Außerdem haben die verschiedenen Formen der Treffen dazu geführt, dass es in der PARTEI ein besseres Verständnis der Länder untereinander gibt.

Die gewählten Namen der Gremien sind durch ihren Klang und ihre historischen Bezüge größtenteils sehr gut gewählt. Jedoch erwiesen Sie sich im Gebrauch als missverständlich. Zentralrat und Zentralkomitee sind vom Klang sehr ähnlich und es kam immer wieder zu Verwechslungen bei den Mitgliedern, daher ist es sinnvoll hier phonetisch unterschiedlichere Namen zu wählen. Das aktuelle Politbüro ist faktisch tot. Da der Name aber sehr schön ist und gut in das Konzept passt sollte wenigstens dieser lebendig bleiben und durch unsere Gedanken tanzen. Zentralrat ist klanglich der

unschönste Name und von seinen Bezügen der Name mit dem geringsten Potential für Kopfkino (S. Eisenstein – Potemkinsche Treppe). Daher sind wir vom Kommissariat ZRZK dafür diesen Namen fallen zu lassen und obige Umbenennung und Neuordnung vorzunehmen, damit wir mit schönen und unterscheidbaren Namen gemeinsam in die Zukunft schreiten dürfen.

Die Fassung von dem neuen “Zentralkomitee” und dem neuen “Rat der Föderationssubjekte” entspricht ihren Vorgängern mit den alten Namen. Beim alten “Zentralkomitee” dem neuen “Politbüro” hat sich die gelebte Arbeit weit von der ursprünglichen Beschreibung entfernt. Es hat sich ein System entwickelt in dem es maßgeblich vom Kommissariat für den Zentralrat und das Zentralkomitee (ZRZK) einberufen wird und ausschließlich digital alle zwei Monate tagt. Die vorgelegte Änderung ist eine Anpassung an die gelebte Realität des Gremiums.

BA-2

Der Schnitzel Wahlkampf

Die PARTEI hat bereits den Bier Wahlkampf gesehen, ebenso die äußerst erfolgreiche Frittenkampane und Mayonnaise spielt in der Partei eine ganz besondere Rolle. Um die Mahlzeit komplett zu machen, muss beim Europawahlkampf unbedingt der Schnitzel Wahlkampf geführt werden. Das Schnitzel, zusammen mit Fritten, Mayo und Bier, sind der wichtigste kulinarische Beitrag Deutschlands zur europäischen Kulturlandschaft.
Europa braucht mehr Schnitzel! - Daher ist der Schnitzelwahlampf unumgänglich.

P.S. Rechtschreib- und Formatierungsfehler dienen der Belustigung.

Dann mal guten Hunger.

MfG
A. Jungen (KV Heinsberg)

BA-3

Der Bundesparteitag beschließt, den in Gründung befindlichen „Bundesverband der PARTEI-Hochschulgruppen - Die LISTE“, als Gremium in der PARTEI anzuerkennen und seine Entwicklung mit der Perspektive zu unterstützen, zukünftig eine noch näher zu definierende PARTEIgliederung zu werden.

In diesem Zuge wird eine Person des jeweils gewählten Vorstands des „Bundesverbandes der PARTEI-Hochschulgruppen - Die LISTE“ als „BundesLISTEkommissar*in (ohne Anwesenheitspflicht)“ anerkannt.

Zur Begründung:

Abnabeln und Laufen lernen.

Schlüpfen und flügge werden.

Maligner Tumor sein und metastasieren.

Nennt es wie ihr wollt, doch mit diesem Beschluss beginnen wir körperlich zu trennen, was im Geiste vereint bleibt. Und keine Sorge, wir versichern euch hier und heute, dass wir keinerlei Hintergedanken zu Umsturzversuchen hegen, die Die PARTEI nicht miteinschließt.

Der Zustand unserer Hochschulgruppenverbände schwankt zwischen klinisch tot und dem Energielevel eines Guarana-Mate-Pep-Cocktails.

Ob nun aus Über- oder Unterforderung – Um dem Studienalltag zu entfliehen, rotten sich junge Menschen im gesamten Bundesgebiet zusammen, trinken Bier und bieten dem missratenen Polit-Nachwuchs Stirn und Stiernacken. Doch da, wo kopflos gehobelt wird, fallen neben Spänen mitunter auch Persönlichkeiten. Studienverlaufspläne, so flexibel sie auch sind, enden eines Tages, und mit ihnen meistens auch die jeweilige Verbandsexistenz. In der Regel verläuft eine Neugründung nach einem bestimmten Muster: Langeweile → Impuls → Verirrung → Zweckbündnis und realpolitischer Stumpfsinn. Um dieser Fehlentwicklung präventiv und kurativ entgegenzuwirken, ist eine erfahrene und konsequente Hand nötig, die den Beratungstelefonhörer abhebt und von Zeit zu Zeit die ein oder andere Kniescheibe zertrümmert. Obwohl dies laut §7 der PARTEI-Bundessatzung in den Tätigkeitsbereich der Landesverbände fällt, halten jene sich erfolgreich zurück und liefern verständliche Argumente: Keinen Bock, keine Zeit, keine Ahnung.

Darum, liebe GenossX, hoffen wir wahnwitzigen Vollidioten auf eure unterstützende Legitimation, uns dem arbeitsfaulen Studierendenpack anzunehmen, es an Die PARTEI zu binden und bundesweit zu vernetzen. Diese ehrenamtliche Nachwuchsförderung leisten wir aus Überzeugung, im Dienste unserer PARTEI. Auch die T.-Willibald-Adorno-Stiftung profitiert von unserem universitären Einfluss, indem wir ihr fruchtbaren Boden zur Raumnutzung und reichlich Menschenmaterial zum Verderben bereitstellen.

Studierende aller Hochschulen vereinigt euch!

Antragsteller:
Philippe Demandt

Felix Illert

Richard Schmolke

BA-4

Antragsteller: Louis Reichwein

Der Bundesparteitag möge beschließen, ein Säuberungskommissariat im Bundesverband sowie den Landes- und Kreisverbänden zu ernennen und zu gründen. Jeder Vorstand wird dadurch verbindlich aufgefordert, einX SäuberungskommissarX zu ernennen.

Das Säuberungskommissariat soll dafür sorgen, dass die vom jeweiligen Vorstand ernannten SäuberungskommissarX im gemeinsamen und verbansdsübergreifenden Austausch die Säuberung koordiniert vorantreiben.

Somit werden die Vorstände um zwei Aufgaben entlastet - der Säuberung der Partei Die PARTEI und dem Aufbau des Satire-„Wall“.

Das Säuberungskommissariat möchte den Ursprung der PARTEI (ungefähr so Neunzehnhundertzweitausendvier) wiederbeleben und die „politische Karriere“ einiger einschläfern.

Begründung:

Die PARTEI steht am Abgrund zum Aufstieg in die Beudeutungs- und Witzlosigkeit. Das Boot ist (nicht) voll, es ist (für viele) einfach nur der falsche Dampfer. Um den richtigen Kurs einzuleiten, brauchen wir eine Säuberung. Eine Säuberung von oben bis unten, von links nach rechts und gründlich und Mayo.

Zu viele Menschen sind in den grauen Anzug gestiegen und haben sich das „persönliche Humor-Patent“ zugelegt, um beim nächsten Stammtisch die Lacher der Runde gesichert zu haben. Es ist nun an der Zeit, die Verräter der Satire und unserer PARTEI aus den Reihen zu verbannen um mindestens MIR etwas gutes zu tun.

BA-5

Antrag auf Anerkennung des Gründungsvereins für eine zukünftige Stiftung der PARTEI benannt nach T. Willibald Adorno als parteinahen Verein und zukünftige Stiftung

Antragsteller: Der Bundesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die PARTEI erkennt den "Gründungsverein für eine zukünftige Stiftung der PARTEI benannt nach T. Willibald Adorno" als parteinahen Verein und zukünftig als parteinahe Stiftung an. Der Verein und die zukünftige Stiftung agieren eigenständig von der PARTEI. Man teilt das Ziel Graue Politik in der Bevölkerung weiter zu etablieren und zu entwickeln.

BA-6

Die PARTEI
Bundesverband
Kopischstraße 10
10965 Berlin

Die PARTEI
Die Qualitäts PARTEI
Im Gemeinderat Heidelberg
Stadtrat Björn Leuzinger
Rudolf-Diesel-Straße 11, 69115 HD

Antrag auf Beschlussfassung zu Ananas auf Pizza

Der BundesPARTEItag 2023 fasst folgenden Beschluss:

Ananas gehört auf jede Pizza!

Begründung: Team Hawaii; Ananas auf alles!

BA-7

Antrag auf Auflösung der Partei Die **PARTEI**.

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative mit sofortiger Wirkung aufzulösen

„Its better to burn out than to fade away."

Die Grünen hätten sich besser an Kurgen aus „Highlander" und Kurt Cobain, der damit einen Young-Song zitierte, gehalten. Manchmal ist es Zeit, sich in den Kopf zu schießen ehe es merkwürdig wird, man seine Ideale verrät und zu dem wird, was zu bekämpfen man einst antrat.

Da passt man ein paar Jahre nicht auf und auf einmal ist man in einer Fraktion mit der FDP, liebäugelt in manchen Parlamenten sogar mit der €DU und schüttelt Arschlöchern die Hände, weil man denkt, dass es „zum Wohl einer progressiven Politik" getan werden müsste.

Ist das nicht ein ziemlich schmutziger Ausblick?

Die Grünen, das waren die unangepassten Hippies, die in den Parlamenten für Aufsehen sorgten, weil sie den Dresscode nicht einhielten, strickten und ihre kreischenden Kinder mitbrachten.
Sie standen für Werte. Gegen Atomkraft, gegen Krieg, für den Umweltschutz.

Was ist davon geblieben? Nicht wirklich viel. Die Grünen sind nun vor allem eines: Ein schlechtes Vorbild. Aber auch ein gutes Beispiel für den Niedergang einer Partei, die zu nah am Scheißsystem flog, nur um am Ende ein Teil davon zu werden. Nach knapp über zwei mal 20 Jahren kann man sich fragen: Was unterscheidet Habeck von Lindner?
Wohl nur die Sonnenblume auf dem Balkon.

Wir wollten ihnen den Finger zeigen, sie haben die ganze Hand genommen.

In der **PARTEI** für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Eliteförderung und basisdemokratische Initiative möchte sich hoffentlich niemand mit einem Habeck

oder gar einem Lindnersohn vergleichen lassen, und doch sind wir auf einem guten Weg in die ideologisierte Bedeutungslosigkeit.

Vorstände blähen sich auf. Strukturen werden geschaffen um Dinge zu regeln, die nicht unsere Aufgabe sein können, während Kernaufgaben in einem Kunstprojekt eher stiefmütterlich nach Gefühl behandelt werden.
Die Reste von Politdarsteller:innen einer anarchistischen Graswurzelbewegung fechten einen blutigen Messerkampf mit vermeintlich progressiven Politiker:innen auf dem Nacken der **PARTEI**, beziehungsweise hinter der Turnhalle.
Fraktionen mit herkömmlichen Parteien sind kein Tabu mehr.
Man vernimmt teils sogar, „der Kipppunkt zur echten Wahlalternative" sei überschritten.

Die **PARTEI** ist schon lange nicht mehr nur eine Partei, weil sie eine Partei ist und noch immer wird eine Person mit den Worten „dann müssen Satiriker halt Politik machen" zitiert, die zum Inbegriff des Nutznießers unserer Gutgläubigkeit geworden ist.

Der Begriff der Elitenförderung scheint immer mehr zu bedeuten, dass man nur noch eine Elite fördert, deren Persönlichkeit einem persönlich genehm ist, statt alle gleichsam in Eliten auf Augenhöhe zu befördern. Demokratie und Kompetenzen stehen weit hinter der Frage zurück, wer mit wem wie gut kann.
Der Volksmund nennt man einen solchen €SU-Habitus Vetternwirtschaft.

Manche machen sich nicht einmal mehr die Mühe, sich als **PARTEI** zu kostümieren, sie leben ihre Bestrebungen, politische IIIhhhh-deale zu vertreten offen in Alltagsklamotte aus.
Es soll sogar Menschen geben, die diesen Antrag hier ernst nehmen.

Was als Karikatur einer Einheitspartei startete, hat echte sektenartige Züge bekommen.

Man möchte mehr trinken, damit man mehr brechen kann, doch das Bier gewinnt schon lange nicht mehr. Aus Spaß mit ernsthaftem Kern, aus harter Kritik im komischen Bruch wurde Ernst um des Ernst willen und Ernst ist jetzt in der ekeligen Pickelfratzenphase, in der man ihn nur noch ohne Internet in sein Zimmer einsperren möchte.

Das Beste wäre, er zieht aus und stinkt seine eigene Butze voll, in der er Gönnrgy-saufend auf seine eigene Trollerei masturbiert, wie das in der Postpubertät nunmal so gang und gäbe ist.

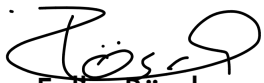
„Und wie beenden wir das Ganze wieder?“
- Norbert Gravius, 2004

Wir haben Anfang August einen großartigen 20. Geburtstag gefeiert, und wie man so schön sagt: Man soll aufhören, wenn es am schönsten ist.

Die **PARTEI**, das ist die anonyme graue Masse hinter Martin Sonneborn.
Martin Sonneborn wurde nun zum letzten Mal ins EU-Parlament gewählt und hat angekündigt, sich nach dieser Legislatur zurückzuziehen, um sein Leben als gediegener Trinker in Kaffeehäusern zu genießen.

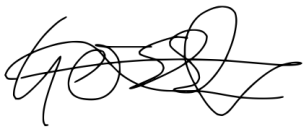
Wir sollten es ihm gleichtun, am besten ab sofort, unverzüglich, ehe wir in 10 Jahren gleich der grünen Arschlöcher anderen Arschlöchern die Hände schütteln und mit Asozialdemokraten beschissene Fraktionen führen.
Also noch mehr als momentan sowieso schon.

Lasst uns das Buch der **PARTEI** nach einem würdigen Schlusskapitel zuschlagen.


Falko Rösch

Sebastian Schroer

Richard Lucchesi


Marie Geissler

Dr Torsten Leitner

BA-8

Wetzlar, 20.08.2024

Antrag des Lungenflügels der Die PARTEI zum Bundesparteitag 2024

Beschluss

Der Bundesparteitag beschließt „Rauchen ist geil!“

Begründung

In der Vergangenheit wurden der einfache Mann und seine Kinder von den Grünen mit vorgeschobenem Gesundheitsschutz gegängelt, um in ihrem wohlverdienten Feierabend in freudloser Askese dahin zu darben. Dabei haben Studien der Tabakindustrie schon in den 50ern erwiesen, dass Rauchen gesund. Die ADAC Motorwelt berichtete darüber hinaus schon 1952 von einer englischen Studie, der zufolge Kraftfahrer unter dem Einfluß des Nikotins weniger zu alkoholischen Beeinträchtigungen ihrer Fahrtleistungen gelangen. Es ist damit also erwiesen, dass die mutmaßliche Notwendigkeit von Promillegrenzen im Straßenverkehr auf einen rückläufigen Tabakkonsum zurückzuführen ist. Rauchen sorgt für Sicherheit im Straßenverkehr. Unser Fokus sollte hier also auf Liberalisierung statt auf Verboten liegen und auf der Freiwilligkeit der Verkehrsteilnehmer, das Zigarettenangebot zum Wohle aller auch zu nutzen.
Rauchen ist Freiheit, Rauchen bedeutet Leben!
Erst 2002 wurde die Tabaksteuer erhöht, um den wichtigen Kampf gegen weltweiten Terrorismus, aber besonders die Terrorabwehr Deutschlands zu finanzieren. Ein Nichtraucher ist also ein passiver Unterstützer von menschenverachtenden Regimen und religiösen Fanatikern, die den Westen und seine gute Art zu leben zerstören wollen. So etwas sollten wir in unserer Mitte nicht dulden! Wir müssen dem mit einem Zigarrenkonvent oder Rauchersymposium gegensteuern. Langsam reicht's. Der Aschenbecher ist voll! Die ersten Nichtraucherwagons in deutschen Zügen wurden von Adolf Hitler persönlich per Führererlass verfügt. Dass es keine Raucherabteile mehr gibt, ist der Endsieg des Nationalsozialismus! 30% aller Waldbrände werden dadurch ausgelöst, dass Neuwagen ohne Aschenbecher verkauft werden. Wieviel wollen wir noch opfern? Wie viele Repressalien wollen wir noch ertragen? Der Marlboro-Mann ist für uns und unsere Freiheit gestorben und die wollen und dürfen wir uns nicht wegnehmen lassen!

Dominic Harapat
Marie Vux Geissler
Nico Wehnemann
Claudia Dettenrieder
Maximilian Hahn
Der Gottkaiser von Hüttenberg Christopher-Ray Lenz
Olaf Schlösser

„Ich würde sterben für eine letzte Zigarette!“
– Helmut Schmidt –